

POLICY BRIEF

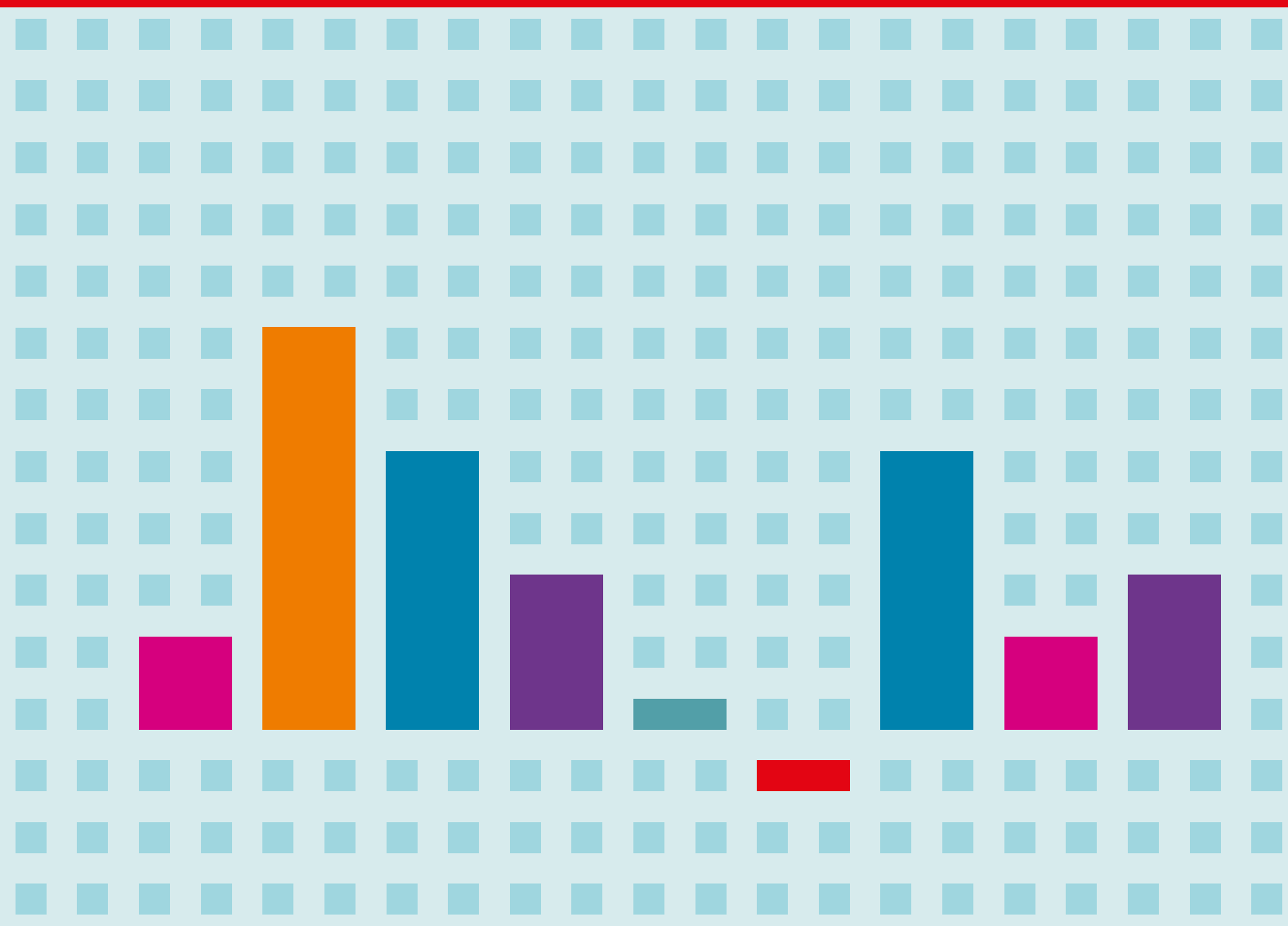
IMK Policy Brief Nr. 221 · August 2026

Das IMK ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

IMK INFLATIONSMONITOR

**Inflation steigt im Juli 2026 auf 2,8 %, Kraftstoffpreise dominieren,
Nahrungsmittelteuerung gering**

Silke Tober



IMK INFLATIONSMONITOR

Inflation steigt im Juli 2026 auf 2,8 %, Kraftstoffpreise dominieren, Nahrungsmittelteuerung gering

Silke Tober¹

Zusammenfassung

Die Inflationsrate in Deutschland ist im Juli 2026 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,8 % gestiegen. Ausschlaggebend war die höhere Teuerung bei Kraftstoffen durch das Ende des Tankrabatts und kriegsbedingt gestiegene Raffineriemargen. Der Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln blieb schwach und die Kernrate ohne Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak verharrte bei 2,4 %.

Die HVPI-Inflation lag mit 2,8 % ebenfalls deutlich höher als zuvor und dabei etwas niedriger als im Euroraum insgesamt.

Die kräftigere Teuerung bei den Kraftstoffpreisen (23,0 % nach 11,3 % im Juni 2026) wirkte sich bei Familien mit geringen und mittleren Einkommen am stärksten aus.

Die EZB hat auf ihrer Juli-Sitzung zu Recht besonnenere Töne angeschlagen als nach der Zinsentscheidung im Juni 2026. Wie in den Vormonaten deuten auch die Juli-Zahlen nicht darauf hin, dass der Energiepreisschock einen breiteren Preisauftrieb in der Wirtschaft auslöst. So ist der Anstieg der Inflation von 1,8 % im Dezember 2025 auf 2,8 % im Juli 2026 allein dem massiven Preisanstieg bei Kraftstoffen und Heizöl geschuldet. Ähnliches gilt bisher auch für den Euroraum insgesamt. Zinserhöhungen sind nicht nur ein stumpfes Instrument gegen Preisschocks; es wäre auch widersinnig, wenn die Regierungen erhebliche öffentliche Mittel zur Förderung der schwachen Investitionstätigkeit einsetzen, während die EZB die Investitionen zugleich über höhere Finanzierungskosten bremst.

Inhaltsverzeichnis

Tankrabatt-Ende und Eskalation im Iran- und im Ukrainekrieg treiben Spritpreise	2
Nahrungsmittelteuerung bleibt auch im Juli gering	4
Kernrate verharrt bei 2,4 %	5
Kraftstoffteuerung dominiert Anstieg der haushaltsspezifischen Inflationsraten	5
HVPI-Inflation in Deutschland und im Euroraum fast gleichauf	8
Preisschocks dämpfen statt Investitionen zu bremsen	8
Anhang	10
Literatur	12

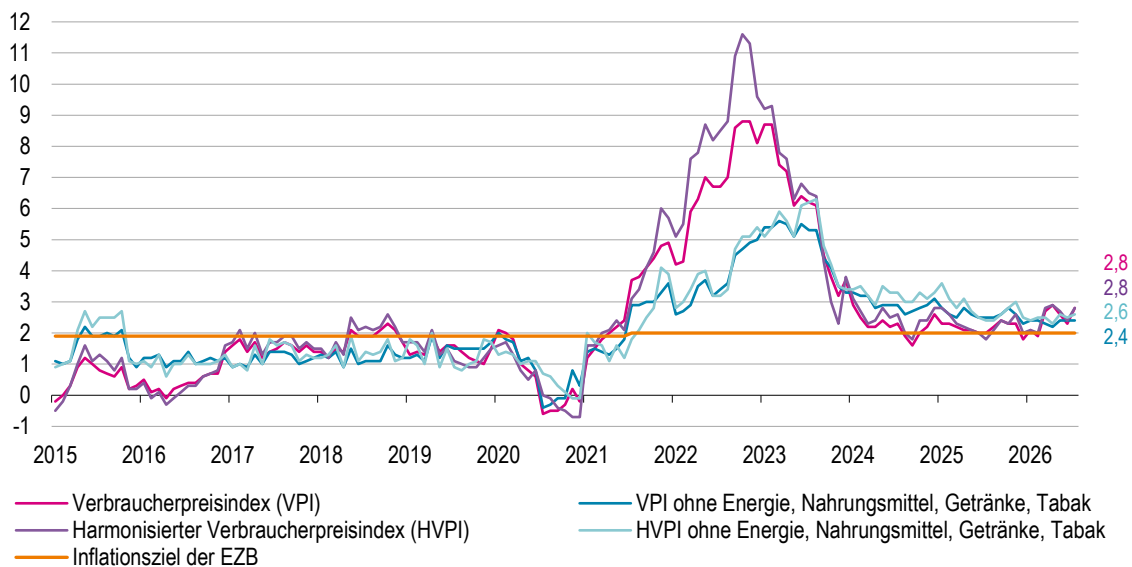
¹ Dr. Silke Tober, Referatsleitung Geldpolitik, Silke-Tober@boeckler.de

Tankrabbat-Ende und Eskalation im Iran- und im Ukrainekrieg treiben Spritpreise

Die Inflationsrate in Deutschland erhöhte sich im Juli 2026 um 0,5 Prozentpunkte auf 2,8 %; im Mai und Juni 2026 war sie wegen des Tankrabbatts und der zwischenzeitlichen Entspannung im Irankrieg mit 2,6 % und 2,3 % deutlich niedriger ausgefallen (Abbildung 1).² Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak verharrte bei 2,4 %, da sich die Dienstleistungsteuerung zwar leicht auf 3,0 % abschwächte, die Warenpreise in der Kernrate aber etwas verstärkt anzogen (1,5 % nach 1,3 %). Energie verteuerte sich trotz des Preisschubs bei Kraftstoffen und Heizöl nur um 8,3 %, weil die Preise für Strom und Erdgas noch rückläufig waren. Die Teuerung von Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak lag wie im Vormonat bei niedrigen 1,3 %.

Abbildung 1: Inflation und Kerninflation in Deutschland

Januar 2015 – Juli 2026, Veränderungen der Indizes gegenüber Vorjahresmonat, in %



Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Der Anstieg der Inflation von 1,8 % im Dezember 2025 auf 2,8 % im Juli 2026 erklärt sich vollständig durch die verstärkte Teuerung von Kraftstoffen und Heizöl. Sie stieg von -0,9 % auf 23,8 %, wodurch sich der Inflationsbeitrag von Kraftstoffen und Heizöl um genau einen Prozentpunkt erhöhte.

Mit 2,10 Euro kostete ein Liter Super E10 im Juli 2026 durchschnittlich 45 Cent mehr als im Dezember 2025, bei Diesel waren es mit ebenfalls 2,10 Euro sogar 50 Cent mehr. Da der Rohölpreis (Brent) – nach seinem Hoch im April 2026 – im Juli 2026 nur noch um durchschnittlich 21 Euro je Fass (159 Liter) über dem Niveau von Dezember 2025 lag (Abbildung 2), erklärt der

² Die Inflationsrate wird als prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gemessen.

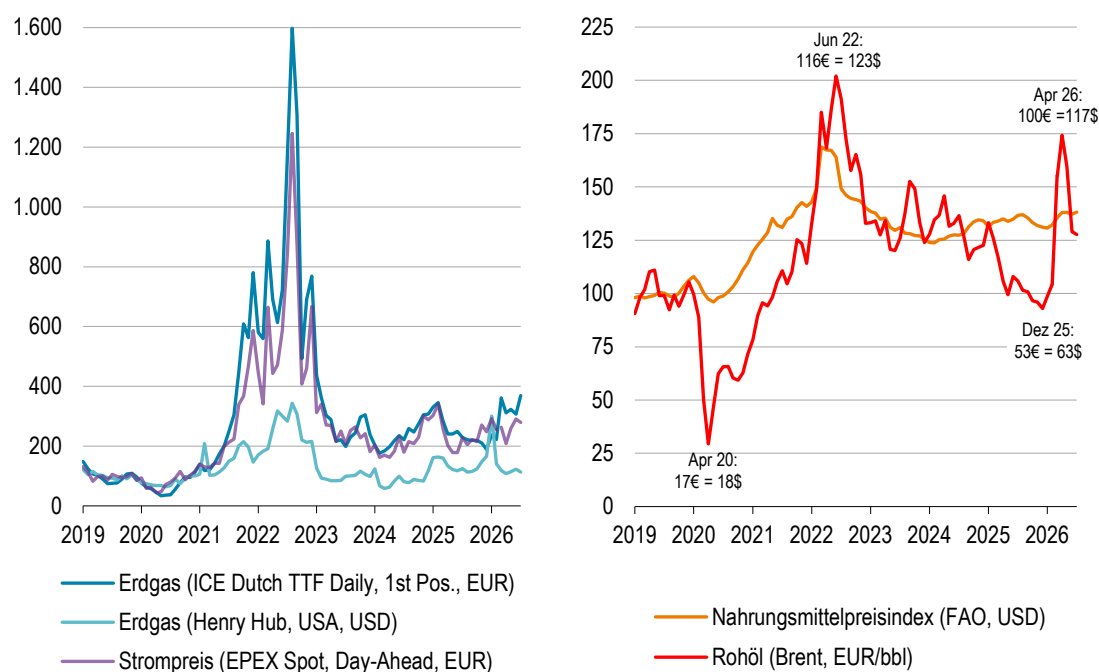
³ Die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Kernrate verringerte sich im Juli 2026 um 0,1 Prozentpunkte auf 2,4 %. Das Statistische Bundesamt lässt neben Energie nur Nahrungsmittel im engen Sinne unberücksichtigt, während hier in Einklang mit Eurostat Nahrungsmittel einschließlich alkoholfreier und alkoholischer Getränke sowie Tabakwaren herausgerechnet werden.

Rohölpreis nur einen Anstieg der beiden Kraftstoffpreise um jeweils rund 13 ct/l. Weitere 3 Cent gehen auf den Anstieg des CO₂-Preises zu Jahresbeginn zurück.⁴

Ausschlaggebend für den deutlichen, darüber hinaus gehenden Preisanstieg war der Anstieg der Raffineriekosten und -margen aufgrund verminderter Kapazitäten durch den Irankrieg und verstärkte ukrainische Angriffe auf russische Raffinerien und Exportinfrastruktur (IEA 2026a und 2026b). Die Raffineriekosten und -margen haben sich zwischen Dezember 2025 und Juli 2026 für Diesel um 24 ct/l und für Benzin um 16 ct/l erhöht und damit merklich stärker als der Rohölpreis.⁵ Berechnungen der EZB zeigen eine sehr ähnliche Ausweitung der Differenz zwischen dem Preis von Rohöl und dem raffinierten Produkt – dem sogenannten Cracksread – zwischen Februar und Juli 2026 um 25 ct/l für Diesel und 19 ct/l für Benzin (Kuik et al. 2026).⁶

Abbildung 2: Internationale Energie- und Agrarrohstoffpreise

Index 2019=100, Januar 2019 – Juli 2026, Monatsdurchschnittswerte



Quellen: EZB; FAO; Macrobond; U.S. Energy Information Administration; Berechnungen des IMK.



Bei den Vertriebskosten und -margen deuten die Berechnungen der EZB für den Euroraum auf einen Rückgang hin, und zwar um 6 ct/l bei Diesel und 3 ct/l bei Benzin (Kuik et al. 2026). In Deutschland scheinen die Vertriebskosten bzw. -margen hingegen bei Diesel unverändert und

⁴ Festgelegt wurde eine Spanne von 55-65 Euro je ausgestoßener Tonne CO₂ und damit 5-10 Euro mehr als im Jahr 2025. Die Auktionen im Juli 2026 ergaben einen Preis von 65 Euro (EEX 2026, [EEX](#)). Ein Anstieg des CO₂-Preises um 10 Euro je Tonne erhöht den Preis von Super E10 und Diesel um etwa 2,5 ct/l bzw. 3,2 ct/l einschließlich Mehrwertsteuer (berechnet auf Grundlage des Emissionsfaktors für Super E10 in Umweltbundesamt (2022) und den Angaben für Diesel in Auf der Maur et al. (2022)).

⁵ Berechnet als Differenz zwischen dem Literpreis in Euro für den europäischen Referenzpreis für schwefelarmen Dieselmotorkraftstoff, London Gasoil, bzw. dem Eurobob Gasoline FOB Rotterdam barges und dem Referenzpreis für Nordseeöl, Brent, ebenfalls umgerechnet auf Euro und Liter.

⁶ Bei Kuik et al. (2026) reichen die Monatsdurchschnitte für Juli 2026 nur bis zur Woche vom 20. Juli.

bei Super E10 um 7 ct/l gestiegen zu sein.⁷ Dabei dürfte sich unter anderem die seit April 2026 geltende Zwölf-Uhr-Regel widerspiegeln, der zufolge Tankstellen ihre Preise nur um 12 Uhr mittags erhöhen dürfen. Diese Regel dürfte die Kraftstoffpreise systematisch erhöht haben, da sich Tankstellenbetreiber mit besonders starken Erhöhungen gegen das Risiko steigender Großhandelspreise in den folgenden 24 Stunden absichern. Schätzungen reichen bis zu 6 ct/l im Fall von Benzin (Jung et al. 2026). Auch dürfte der niedrige Pegelstand des Rheins die Transportkosten bereits im Juli 2026 erhöht haben, wobei es insbesondere bei Benzin auch zu regionalen Knappheiten kam, die sich positiv auf die Vertriebsmarge ausgewirkt haben könnte.

Insgesamt lagen die Preise für Kraft- und Schmierstoffe in Deutschland im Juli 2026 um 23,0 % höher als ein Jahr zuvor, womit der Preisanstieg stärker ausfiel als in den übrigen vier großen Ländern des Euroraums, deren Inflationsraten zusammen mit Deutschland die Euroraum-Inflation zu 79,6 % bestimmen. In Frankreich, wo sich der Marktführer Total Energies zu Preiszurückhaltung verpflichtet hat, erhöhten sich die Kraftstoffpreise um 19,9 %; in Italien und Spanien, wo es steuerliche Entlastungen bei den Kraftstoffpreisen gab, um 12,5 % bzw. 11,6 %; und in den Niederlanden um 22,0 %.

Allerdings stiegen die Preise für Strom bzw. Gas in diesen Ländern merklich. Daher war der Anstieg der Energiepreise in Deutschland auch nach dem Ende des Tankrabatts mit 7,3 % (nach 2,7 % im Juni 2026, HVPI) niedriger als im Euroraum insgesamt (10,3 % nach 8,5 %). Grund hierfür war die staatliche Übernahme eines Teils der Netzentgelte und der Abschaffung der Gasspeicherumlage in Deutschland zu Jahresbeginn sowie die üblicherweise zwölfmonatige Vertragsdauer bei Erdgas und Strom. Dadurch lagen die Verbraucherpreise für Strom und Erdgas trotz des Anstiegs der Großhandelspreise (Abbildung 2) weiterhin unter dem Vorjahresniveau, und zwar um 5,3 % bzw. 2,9 %. Obwohl sich Heizöl mit 22,0 % stärker verteuerte (Juni 2026: 17,4 %) sanken die Preise für Haushaltsenergie daher mit -1,4 % noch deutlich (Juni 2026: -1,6 %). Unter den großen Euroländern stiegen die Energiepreise in Frankreich am stärksten (12,5 %), gefolgt von Italien (11,7 %), Spanien (10,2 %) und den Niederlanden (9,7 %).

Nahrungsmittelteuerung bleibt auch im Juli gering

Der Anstieg der Preise für Nahrungsmittel im engen Sinne betrug den dritten Monat in Folge nur 0,4 %. Günstiger als vor einem Jahr waren dabei Speisefette und Speiseöle (-15,3 %, darunter Butter: -30,1 %) und Molkereiprodukte (-5,9 %). Demgegenüber verteuerten sich Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren mit 4,0 % noch deutlich und der Preisanstieg bei Eiern lag nahezu unverändert bei 14,7 %. Weiter abgeschwächt hat sich der Preisanstieg bei Fleisch und Fleischwaren (1,9 % nach 2,4 %) sowie bei Obst (-0,3 % nach 0,9 %), während die Teuerung bei Gemüse (2,8 % nach 1,6 %) und bei Fisch und Fischwaren (5,0 % nach 3,3 %) stärker ausfiel. Die Teuerung blieb bei alkoholischen Getränken niedrig (1,8 % nach 1,6 % im Juni 2026) und schwächte sich bei alkoholfreien Getränken weiter ab (0,9 % nach 2,0 %), während der maßgeblich steuerbedingte Preisauftrieb bei Tabakwaren erneut kräftig ausfiel (6,0 % nach 5,8 %).

⁷ Die Mehrwertsteuereinnahmen erhöhten sich ebenfalls um 0,7 ct/l. Die Veränderung der Vertriebskosten/-margen entspricht der Veränderung der Differenz zwischen dem jeweiligen Kraftstoffpreis ohne Mehrwertsteuer und der Summe aus Raffineriekosten/-margen, Rohölkosten und Steueränderungen (in diesem Fall dem Anstieg des CO₂-Preises im Jahr 2026).

Auch im Euroraum insgesamt blieb die Teuerung bei Nahrungsmitteln gering, wobei sich Nahrungsmittel im weiten Sinne, also einschließlich alkoholfreier Getränke, Alkohol und Tabak, moderat mit 1,2 % verteuerten, nach 1,5 % im Juni 2026. Ohne den Energiepreisschock infolge des Irankriegs wäre die Teuerung vermutlich noch niedriger ausgefallen, da die deutlich gestiegenen Energiepreise die Kosten der Produktion und des Transports erhöhen.

Kernrate verharrt bei 2,4 %

Die Kernrate ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak lag im Juli 2026 mit 2,4 % auf demselben Niveau wie in den beiden Vormonaten und den ersten beiden Monaten des Jahres; im Verlauf von 2025 war sie von 2,8 % auf 2,3 % gefallen war (Abbildung 1).

Die Kernrate basiert zu 65,2 % auf den Preisen aller Dienstleistungen im Verbraucherpreisindex. Diese stiegen zuletzt um 2,9 % und damit etwas schwächer als im Juni und Mai 2026 (3,1 %) und in den ersten drei Monaten des Jahres (3,2 %). Im Verlauf von 2025 war die Dienstleistungsteuerung von 4,0 % auf 3,5 % gefallen.

Dass sich die Dienstleistungsteuerung in den vergangenen Monaten nicht stärker abgeschwächt hat, dürfte teilweise auf die Folgen des Irankriegs zurückzuführen sein. Dabei wirken die gestiegenen Preise für Rohöl und Erdgas sowohl direkt auf die Dienstleistungspreise – beispielsweise auf die Flugpreise und Pauschalreisen, die im Juli 2026 um 7,3 % bzw. 5,6 % zulegten – als auch indirekt über höhere Produktions- und Transportkosten. Auch die Anhebung des Mindestlohns um 8,4 % zu Jahresbeginn dürfte ein Faktor sein, insbesondere bei gering entlohn-ten und arbeitsintensiven Dienstleistungen.

Die Waren in der Kernrate haben sich im Juli 2026 etwas stärker verteuert als zuvor (1,5 % nach 1,3 %). Besonders stark verteuerten sich pharmazeutische Produkte mit 19,4 % (Juni 2026: 1,7 %), was die Inflationsrate für sich genommen um knapp 0,2 Prozentpunkte erhöhte. Entscheidend waren dabei rezeptpflichtige Medikamente für gesetzlich Versicherte mit einem Preisanstieg um 85,7 % gegenüber dem Vorjahr und 90,0 % seit Juni 2026. Demgegenüber erhöhten sich die Preise für rezeptpflichtige Medikamente für Privatversicherte nur um 4,4 % bzw. 2,4 %. Entsprechend dürfte die Anhebung des Apotheken-Fixhonorars für verschreibungspflichtige Arzneimittel von 8,35 Euro auf 9,00 Euro je Packung ab dem 1. Juli eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Als Erklärung bleibt das am 30. Juli 2026 in Kraft getretene GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz, dessen Maßnahmen überwiegend erst Anfang 2027 wirksam werden. Unmittelbar könnte sich jedoch der Wegfall von Erstattungen für homöopathische und anthroposophische Mittel sowie Cannabisblüten ausgewirkt haben. Da die Krankenkassen wahlweise bis Ende des Jahres Erstattungen für homöopathische und anthroposophische Mittel aufrechterhalten können (Deutsches Ärzteblatt 2026) und die neue Regelung zudem nur an zwei Tagen des Monats galt, ist der Preisanstieg allerdings erstaunlich hoch.

Kraftstoffteuerung dominiert Anstieg der haushaltsspezifischen Inflationsraten

Die Inflationsraten der neun im IMK Inflationsmonitor monatlich betrachteten Durchschnittshaushalte (siehe Anhang) lagen im Juli 2026 zwischen 1,9 % und 3,0 % (Tabelle 1 und Abbildung 3).

Am oberen Rand befanden sich wie im Vormonat einkommensstarke Alleinlebende. Hier fielen zwar die Kraftstoffe nicht so stark ins Gewicht, dafür aber einige der besonders stark verteuerten Dienstleistungen wie Flugreisen, Pauschalreisen in der Kategorie Freizeit und Kultur (5,6 %), Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (5,6 %), Gesundheitspflege (5,0 %) und Wartung und Reparatur von Fahrzeugen (4,7 %). Die niedrigste Inflationsrate wiesen einkommensschwache Alleinlebende auf, bei denen Kraftstoffe einen relativ geringen Anteil an den Konsumausgaben haben. Demgegenüber hat Haushaltsenergie einen überdurchschnittlich hohen Anteil, weshalb einkommensschwache Alleinlebende die einzigen der hier betrachteten Haushalte waren, bei denen die sinkenden Preise für Wohnenergie die Inflationsrate um 0,2 Prozentpunkte senkte. Ebenfalls stark ins Gewicht – wenn auch nicht ganz so stark wie bei einkommensschwachen Familien – wirken sich die Nahrungsmittelpreise aus, die in der weiten Abgrenzung mit moderaten 1,3 % zulegten.

Tabelle 1: Ausgewählte haushaltsspezifische Inflationsbeiträge im Juli 2026

Inflationsbeiträge in Prozentpunkten	Paar, 2 Kinder 2.000–2.600 €	Paar, 2 Kinder 3.600–5.000 €	Alleinlebende < 900 €	Alleinlebende ≥ 5.000 €
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0,2	0,1	0,2	0,1
Miete, Nebenkosten, Instandhaltung	0,5	0,6	0,7	0,5
Haushaltsenergie	-0,1	-0,1	-0,2	-0,1
Kraft- und Schmierstoffe	1,2	1,2	0,4	0,8
Verkehr ohne Kraftstoffe	0,3	0,3	0,2	0,4
Freizeit und Kultur	0,2	0,3	0,2	0,4
Gastgewerbe	0,1	0,2	0,1	0,2
Übrige Konsumausgaben	0,3	0,3	0,3	0,7
Inflationsrate in %	2,6	2,8	1,9	3,0

Mehrere Angaben der „Paare mit 2 Kindern (2.000-2.600 €)“ sind laut Statistischem Bundesamt wegen einer geringen Zahl von Haushalten, die Angaben gemacht haben, mit hoher Unsicherheit behaftet. Die Inflationsbeiträge summieren sich gegebenenfalls rundungsbedingt nicht zur Inflationsrate oder zu den Summen im Text.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.

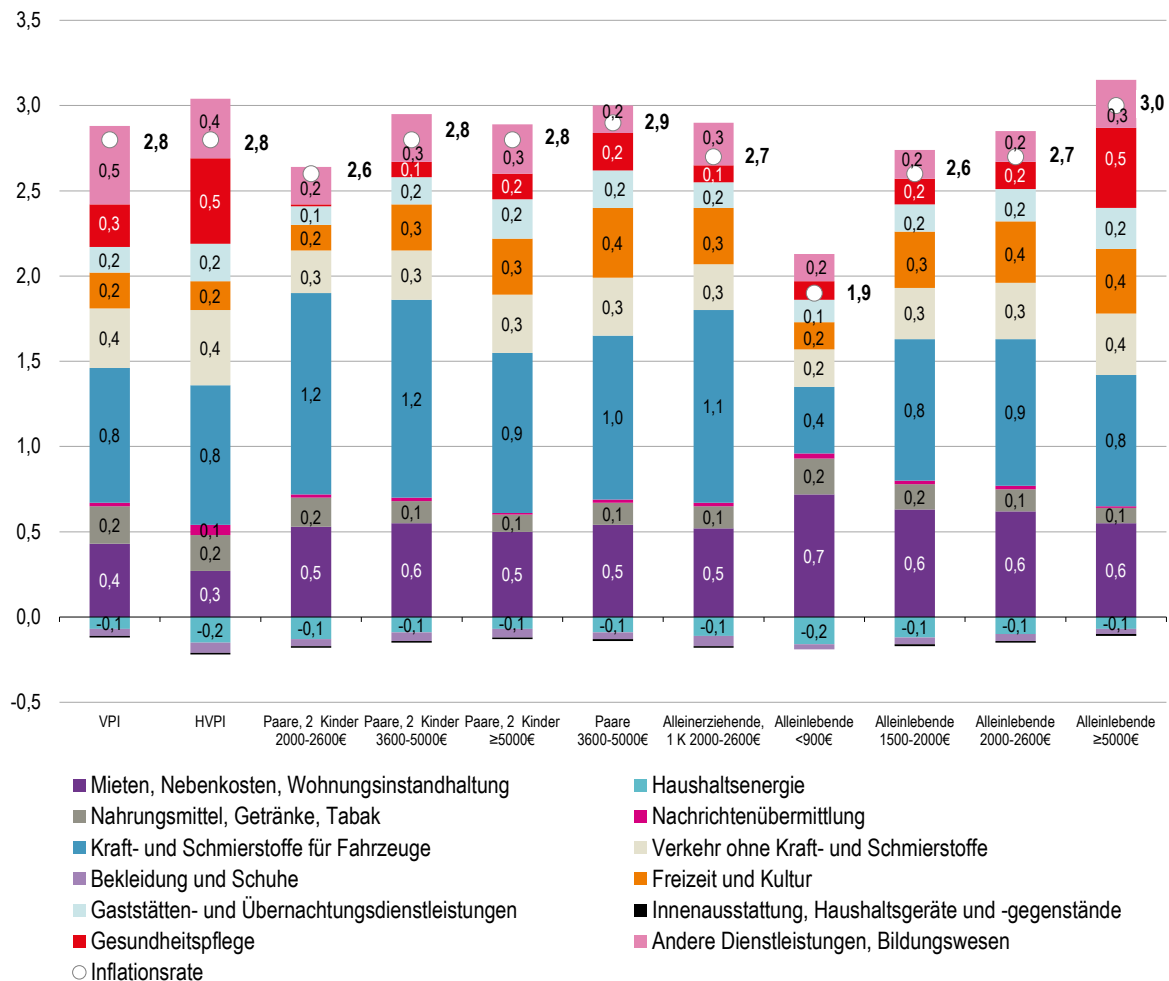


Abbildung 3 zeigt die auf der Grundlage von 30 Ausgabenpositionen berechneten haushaltsspezifischen Inflationsraten und die Beiträge der zwölf zusammengefassten Ausgabenpositionen zu der jeweiligen Inflationsrate sowie zum Anstieg des nationalen und des harmonisierten Verbraucherpreisindex.⁸

⁸ Die zwölf Ausgabenpositionen weichen dabei von den zwölf Abteilungen des Verbraucherpreisindex ab, um die beiden Komponenten der Gütergruppe Energie gezielt auszuweisen. Daher wurde die Haushaltsenergie aus der Abteilung 4 (Wohnen) herausgelöst und die Kraft- und Schmierstoffe aus der Abteilung 7 (Verkehr). Abteilungen 1 und 2 wurden als Untergruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren zusammengefasst und das Bildungswesen (Abteilung 10) mit einem geringen Gewicht von 0,9 % am Warenkorb der Abteilung 12 (Andere Waren und Dienstleistungen) zugeschlagen (Tabelle A2 im Anhang).

Verglichen mit den haushaltsspezifischen Inflationsraten vom Juni 2026 hat sich der Inflationsbeitrag von Kraftstoffen bei Familien mit geringen und mittleren Einkommen – darunter auch Alleinerziehende – mit 0,6 Prozentpunkten am stärksten, bei einkommensschwachen Haushalten mit 0,2 Prozentpunkten am wenigsten ausgewirkt. Bei den übrigen Haushalten erhöhte der kräftigere Anstieg der Kraftstoffpreise die Inflationsraten um 0,4 bis 0,5 Prozentpunkte gegenüber den Inflationsraten im Juni 2026.

Abbildung 3: Haushaltsspezifische Inflationsraten und Inflationsbeiträge im Juli 2026¹
in % bzw. Prozentpunkten



VPI: Verbraucherpreisindex, HVPI: Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
Inflationsbeiträge beim HVPI berechnet als Ribe-Beiträge nach Eurostat (2018).

¹ Mehrere Angaben der „Paare mit 2 Kindern (2.000-2.600 €)“ sind laut Statistischem Bundesamt wegen einer geringen Zahl von Haushalten, die Angaben gemacht haben, sehr unsicher.

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK.



Der weiter oben thematisierte starke Anstieg der Preise im Bereich Gesundheit erhöhte die Inflationsrate von einkommensstarken Alleinlebenden um 0,3 Prozentpunkte, die der meisten anderen Haushalte um 0,1 Prozentpunkte. Da diese Position aggregiert in die Berechnungen eingeht, die besonders stark verteuerten Zahlungen gesetzlich Versicherter die verschiedenen

Haushaltsgruppen aber unterschiedlich stark betreffen, dürfte die aktuelle Entwicklung die Inflationsrate von einkommensstarken Haushalten überzeichnen und die der weniger einkommensstarken Haushalte unterzeichnen.

HVPI-Inflation in Deutschland und im Euroraum fast gleichauf

Die für die Geldpolitik besonders relevante Inflationsrate auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ist in Deutschland im Juli 2026 auf 2,8 % gestiegen, von 2,4 % im Juni 2026 (Abbildungen 1 und 3). Entscheidend war auch hier die stärkere Teuerung der Kraft- und Schmierstoffpreise (22,9 % nach 11,1 %), deren Inflationsbeitrag sich insbesondere wegen des Endes des Tankrabatts um 0,4 Prozentpunkte erhöhte. Der Inflationsbeitrag von Energie insgesamt (Kraftstoffe und Haushaltsenergie) legte ebenfalls um 0,4 Prozentpunkte zu, da der Inflationsbeitrag von Haushaltsenergie unverändert -0,15 Prozentpunkten betrug. Zugleich erhöhte sich der Inflationsbeitrag von Waren ohne Energie, Nahrungsmittel und Tabak (nichtenergetische industrielle Güter) um 0,1 Prozentpunkte, während sich die Inflationsbeiträge von Nahrungsmitteln, Alkohol und Tabak sowie von Dienstleistungen minimal verringerten. Tatsächlich stieg die HVPI-Rate daher – wie die VPI-Rate – um knapp 0,5 Prozentpunkte, allerdings von einer knappen 2,4 % (2,35 %) auf gut 2,8 % (2,84 %), wodurch sich rundungsbedingt ein Anstieg um 0,4 Prozentpunkte ergibt.

Im übrigen Euroraum dominierten ebenfalls die Energiepreise das Inflationsgeschehen, wenn auch mit einem geringeren Anstieg der Teuerungsrate von 8,5 % im Juni 2026 auf 10,0 % im Juli 2026 und einem korrespondierenden Anstieg des Inflationsbeitrags um 0,17 Prozentpunkte. Allerdings sank die Teuerung bei Dienstleistungen nicht, sondern stieg leicht auf 3,3 %. Ausschlaggebend waren die stark von den Preisen für Mineralölprodukte beeinflussten Preise für Pauschal- und Flugreisen. Demgegenüber schwächte sich die Teuerung bei Nahrungsmitteln im weiten Sinne (1,2 % nach 1,5 % im Juni 2026) stärker ab als in Deutschland. Insgesamt lag die Inflationsrate im Euroraum mit 2,9 % um 0,1 Prozentpunkte höher als im Juni 2026.

Preisschocks dämpfen statt Investitionen zu bremsen

Bisher hat sich der aktuelle Energiepreisschock primär durch direkte Effekte in der Inflation Deutschlands und des Euroraums manifestiert: in den Energiepreiskomponenten Kraftstoffpreise und Heizöl einerseits und in den Preisen für Flüge und Pauschalreisen als Dienstleistungskomponenten der Kernrate andererseits. Indirekte Effekte durch den Anstieg der Produktions- und Transportkosten dürften zwar bereits dazu beigetragen haben, dass sich die Dienstleistungssteuerung in diesem Jahr bisher nur wenig verringert hat, aber eine Verbreiterung des Preisauftriebs lässt sich bisher nicht erkennen. So ist der Anstieg der Inflation von 1,8 % im Dezember 2025 auf 2,8 % im Juli 2026 allein dem massiven Preisanstieg bei Kraftstoffen und Heizöl geschuldet. Ähnliches gilt bisher auch für den Euroraum insgesamt.

Daher ist es richtig, dass die EZB nach ihrer Juli-Sitzung etwas besonnenere Töne angeschlagen hat als nach der Zinserhöhung im Juni (Lagarde 2026a, 2026b). Gestrichen wurde angesichts der verringerten Kernrate der Passus über eine angeblich bereits stattfindende Verbreiterung der Inflation. Zudem betont die EZB zu Recht, dass Zweitrundeneffekte derzeit nicht zu erkennen

sind. Das gilt umso mehr, als der durch den Irankrieg ausgelöste Energiepreisschock nicht nur die Inflation erhöht, sondern auch die Wirtschaft im Euroraum erheblich belastet.

Gegen Preisschocks sind Zinserhöhungen ein stumpfes Instrument. Stark sind allerdings die Nebenwirkungen. Denn Zinserhöhungen wirken über eine Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität, und insbesondere der Investitionen. Dabei ist die Investitionstätigkeit im Euroraum ohnehin schwach und war in Deutschland im zweiten Quartal sogar rückläufig. Es wäre widersinnig, wenn die Regierungen erhebliche öffentliche Mittel zur Förderung der schwachen Investitionstätigkeit einsetzen, während die EZB die Investitionen zugleich über höhere Finanzierungskosten bremst.

Kommt es nicht zu einer baldigen Entschärfung bei den Preisen für Rohöl und Mineralölprodukten, sollten die Regierungen des Euroraums Maßnahmen ergreifen, die dämpfend auf die allgemeine Preisentwicklung wirken und damit die Gefahr von Zweitrundeneffekten verringern (Dullien und Tober 2024a).

Mehrere Länder im Euroraum mildern den Anstieg der Energiekosten bereits durch temporäre Steuersenkungen ab, darunter zwei Monate lang auch Deutschland mit dem Tankrabatt (Dullien, Rietzler und Tober 2026). In Deutschland wirken sich zudem die zu Jahresbeginn verringerten Netzentgelte noch positiv aus. Direkt an den Energiepreisen anzusetzen hat den Vorteil, dass die gesamte Wirtschaft profitiert, womit die indirekten Effekte des Preisschocks abgemildert werden. Spanien hat mittlerweile sogar einen Automatismus eingeführt, durch den Energiepreisanstiege ab einem gewissen Schwellenwert eine weitere preiswirksame steuerliche Entlastung auslösen, und zwar bei Kraftstoffen, Strom und Gas (Council of Ministers 2026). Sinnvoll für die mittlere Frist wäre es, auch untere Schwellenwerte einzuführen, so dass sich die Steuerbestandteile erhöhen, wenn die Preise für fossile Energieträger zu stark sinken (Dullien und Tober 2022).

Weitere Maßnahmen – allerdings mit einer geringeren Breitenwirkung – sind eine Senkung der Stromsteuer und der Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel. Auch eine Neuauflage der Inflationsausgleichsprämie sollte vorbereitet werden, mit dem Ziel, die Bevölkerung zu entlasten und Zweitrundeneffekte bei der Inflation zu verringern. Das gilt umso mehr, als die Hitzewelle 2026 und die fortwährende Eskalation im Iran- und Ukrainekrieg nicht nur die Knappheit raffinierter Erdölprodukte erhöht, sondern auch das Risiko einer starken Nahrungsmittelteuerung beinhaltet.

Anhang

Im monatlichen IMK Inflationsmonitor wird seit Anfang 2022 anhand von haushaltsspezifischen Inflationsraten untersucht, wie sich die hohen Preisschocks seit Mitte 2021 auf unterschiedliche Haushaltsgruppen auswirken. Wie die Inflationsrate des Statistischen Bundesamtes werden die haushaltsspezifischen Inflationsraten als Veränderung der gewichteten Verbraucherpreise zum Vorjahresmonat berechnet. Während allerdings die haushaltsspezifischen Inflationsraten weiterhin auf den Ausgabenanteilen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe basieren, berechnet das Statistische Bundesamt den Verbraucherpreisindex seit 2023 (mit Rückrechnung bis 2020) auf Grundlage von Gewichten, die primär aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung abgeleitet werden (Statistisches Bundesamt 2023, Dullen und Tober 2023b).

Tabelle A1: Ausgewählte Haushaltstypen mit unterschiedlichem Nettoeinkommen

Nr.	Haushaltstyp	Nettoeinkommen 2018 (Euro)
1	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	2.000–2.600
2	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	3.600–5.000*
3	Paare mit 2 Kindern unter 18 Jahren	≥ 5.000
4	Paare	3.600–5.000*
5	Alleinerziehende mit 1 Kind	2.000–2.600*
6	Alleinlebende	500 < 900
7	Alleinlebende	1.500–2.000*
8	Alleinlebende	2.000–2.600
9	Alleinlebende	≥ 5.000

* Einkommensklasse des Medianhaushalts des Haushaltstyps.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018.



Drei der betrachteten Haushaltsgruppen bestehen aus zwei Erwachsenen und zwei ledigen Kindern unter 18 Jahren, in einem Haushalt lebt eine alleinerziehende Person mittleren Einkommens mit einem Kind, vier sind Ein-Personen-Haushalte und ein Haushalt ist ein Paar-Haushalt ohne Kinder mit mittlerem Einkommen (Tabelle A1). Der Medianhaushalt unter den Paaren mit zwei Kindern fiel im Jahr 2018 in die Gruppe mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 3.600-5.000 Euro. Unter den Alleinlebenden hatte der Medianhaushalt ein Nettoeinkommen von 1.500-2.000 Euro (Statistisches Bundesamt 2020a).⁹ Diese beiden mittleren Haushalte werden durch die Haushaltsgruppe 2 bzw. die Haushaltsgruppe 7 abgebildet. Haushaltsgruppe 9 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von über 5.000 Euro) bildet den oberen Rand der Einkommensverteilung ab, während der untere Rand durch

⁹ Berechnet auf Grundlage des Statistischen Bundesamtes (2020a, S. 115 und S. 138). Das jeweilige Durchschnittseinkommen liegt mit 5.604 Euro bzw. 2.142 Euro höher (Statistisches Bundesamt 2020b, S. 100 und S. 124).

Haushaltsgruppe 6 (alleinlebend mit einem Nettohaushaltseinkommen von unter 900 Euro) und Haushaltsgruppe 1 (Paar, 2 Kinder, Nettohaushaltseinkommen von 2.000-2.600 Euro) abgedeckt ist.

Die haushaltsspezifischen Inflationsraten werden exemplarisch für repräsentative Haushaltstypen mittleren Einkommens berechnet sowie für jene am unteren und oberen Rand. Dabei handelt es sich jeweils um Durchschnittshaushalte, also weder Haushalte mit Ölheizung, Gasheizung, Kohleofen oder Wärmepumpe noch Haushalte, die die Mobilität primär mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Verkehr, dem Kleinwagen oder dem SUV bestreiten oder Haushalte, die überwiegend tierische Nahrungsmittel essen, Vegetarier sind oder vegan leben. Stattdessen fließen in die Teuerungsrate der durchschnittliche Verbrauch von Öl, Gas, Kohle und Strom ein, ebenso wie die durchschnittlichen Ausgaben der jeweiligen Haushaltsgruppe für verschiedene Nahrungs- und Verkehrsmittel.

Tabelle A2: Haushaltsspezifische Ausgabengewichte: Datengrundlage und Systematisierung

12 Gütergruppen	Klassifikation Verbraucherpreisindex	Ausgabenposition EVS
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	CC13-01	Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke
	CC13-02	Alkoholische Getränke und Tabakwaren
Bekleidung und Schuhe	CC13-03	Bekleidung und Schuhe
Wohnen ohne Haushaltsenergie	CC13-72 (041, 042, 044)	Wohnungsmieten (tatsächlich und unterstellt) und Ähnliches
	CC13-043	Wohnungsinstandhaltung
Haushaltsenergie	CC13-045	Haushaltsenergie
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	CC13-05	Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände
Gesundheitspflege	CC13-06	Gesundheit
Verkehr ohne Kraft- und Schmierstoffe	CC13-071	Kauf von Fahrzeugen
	CC13-0721	Ersatzteile und Zubehör für Fahrzeuge
	CC13-0723	Wartung und Reparatur von Fahrzeugen
	CC13-0724	Andere Dienstleistungen für Fahrzeuge
	CC13-073	Personenbeförderung, Verkehrsdienstleistungen
Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge	CC13-0722	Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge
Post- und Telekomdienstleistungen	CC13-08	Post- und Telekomdienstleistungen
Freizeit und Kultur	CC13-091	Audio-, Foto-, IT-Geräte und Zubehör
	CC13-092	Sonstige langlebige Gebrauchsgüter und Ausrüstung für Kultur, Sport, Camping
	CC13-093	Andere Güter für Freizeit und Garten, Haustiere
	CC13-094	Freizeit- und Kulturdienstleistungen + Reparaturen
	CC13-095	Druckerzeugnisse, Schreib- und Zeichenwaren
	CC13-096	Pauschalreisen
Gaststätten- und Übernachtungsdienstleistungen	CC13-111	Gaststättendienstleistungen
	CC13-112	Übernachtungen
Andere Dienstleistungen, Bildungswesen	CC13-121	Körperpflege: Dienstleistungen, Geräte, Artikel
	CC13-123	Sonstige persönliche Gebrauchsgegenstände
	CC13-124-127	Sonstige Dienstleistungen
	CC13-10	Bildung

Quellen: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018; Verbraucherpreisindex, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum (COICOP 2-/3-/4-/5-/10-Steller/Sonderpositionen), Statistisches Bundesamt.



Literatur

- Auf der Maur, A. / Kemmler, A. / Trachsel, T. (2022): Energiepreisentwicklung seit 2010 und Einordnung der CO₂-Preise durch das BEHG. In: Umweltbundesamt (Hrsg.): Wirkung des nationalen Brennstoffemissionshandels – Auswertungen und Analysen – Teilbericht. Dessau.
- Council of Ministers (2026): [The Government of Spain updates measures to mitigate the effects of the war in the Middle East and raises its growth forecast to 2.6%](#), Madrid, 29. Juli.
- Deutsches Ärzteblatt (2026): [GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz in Kraft: Was sich für Praxen ändert](#). News. Berlin, 30. Juli
- Dullien, S. / Rietzler, K. / Tober, S. (2026): Temporärer Tankrabatt: Trotz Nachteilen vertretbar - Primärer Vorteil ist die Dämpfung der Inflation. IMK Policy Brief Nr. 214, Düsseldorf.
- Dullien, S. und S. Tober (2022), IMK Inflationsmonitor – Preisschocks bei Energie und Nahrungsmitteln dominieren auch im April 2022, IMK Policy Brief, 123.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023a): [IMK Inflationsmonitor – Nahrungsmittelpreise dominieren infolge der Revision die Inflationsunterschiede im Januar 2023](#). IMK Policy Brief 146, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023b): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate im März 2023 deutlich geringer – Inflationsunterschiede zwischen Haushalten weiter hoch](#). IMK Policy Brief 148, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023c): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsunterschiede zwischen Haushalten im April 2023 deutlich geringer, Haushaltsenergie verteuert sich weiterhin am stärksten](#). IMK Policy Brief 150, Mai.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023g): [IMK Inflationsmonitor: Inflationsrate fällt im September 2023 auf 4,5 % - Tendenz sinkend](#). IMK Policy Brief 159, Oktober.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023h): [IMK Inflationsmonitor: Erdgas- und Strom trotz Preisbremsen im Oktober 2023 immens teurer als 2019 - Inflation weiter im Sinkflug](#). IMK Policy Brief 160, November.
- Dullien, S. / Tober, S. (2023i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation trotz noch stark steigender Nahrungsmittelpreise im November auf 3,2 % gefallen](#). IMK Policy Brief 162, Dezember.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024a): [Energy Price Brakes and Tax Relief: Germany's Anti-Inflation Policies After the 2022 Terms-of-Trade Shocks](#). Revue d'économie financière, Nr. 153(1), S. 119-132.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024b): [IMK Inflationsmonitor: Staatliche Maßnahmen verhindern noch stärkeren Rückgang der Inflation im Januar 2024](#). IMK Policy Brief 164, Februar.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024c): [IMK Inflationsmonitor: Inflation in Deutschland und im Euroraum nähern sich weiter der 2-Prozent-Marke – Zinssenkung überfällig](#). IMK Policy Brief 164, März.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024d): [IMK Inflationsmonitor: Inflation erreicht im März 2024 mit 2,2 % fast die Marke für Preisstabilität](#). IMK Policy Brief 166, April.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024f): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Mai 2024 mit 2,4 % leicht höher - Abschwächungsprozess hin zum Inflationsziel intakt](#). IMK Policy Brief 170, Juni.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024g): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juni 2024 mit 2,2 % wieder praktisch am Inflationsziel, VPI-Kernrate seit drei Monaten unter 3 %](#). IMK Policy Brief 172, Juli.
- Dullien, S. / Tober, S. (2024i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im August 2024 auf 1,9 %, Kernrate sinkt auf 2,6 %](#). IMK Policy Brief 177, September.
- EEX (2026): [EEX successfully conducts first nEHS auction](#). EEX Pressemitteilung. European Energy Exchange, Leipzig, 2. Juli.
- Eurostat (2018): [Harmonised Index of Consumer Prices \(HICP\). Methodological Manual](#). Luxemburg, November.
- IEA (2026a): [Oil Market Report - July 2026](#). International Energy Agency, Paris, 10. Juli.
- IEA (2026b): [Oil Market Report - August 2026](#). International Energy Agency, Paris, 10. Juli.
- Jung, L. / Schildknecht, J. / Gregor, L. / Haucap, J. (2026): [Predictable Prices, Higher Margins? Early Evidence on Germany's 12 o'clock Fuel Regulation](#). Mannheim, Düsseldorf, April.
- Lagarde, C. (2026a): [Monetary Policy Statement and Questions and Answers](#). EZB-Presskonferenz, 11. Juni.
- Lagarde, C. (2026b): [Monetary Policy Statement and Questions and Answers](#). EZB-Presskonferenz, 23. Juli
- Kuik, F. / Lis, E. / Nickel, C. / Porqueddu, M. (2026): [From well to pump: how fuel prices are formed](#). ECB Blog, Europäische Zentralbank, Frankfurt/M., 31. Juli.

- Statistisches Bundesamt (2020a): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Konsumausgaben privater Haushalte 2018](#). Fachserie 15, Heft 5, 29. Mai 2020 (Seiten 31-34 und 97-144 korrigiert am 28. Oktober 2021), Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2020b): [Wirtschaftsrechnungen. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte](#). FS 15, H. 4, 23, April, Wiesbaden.
- Tober, S. (2022): [IMK Inflationsmonitor – Haushaltsspezifische Teuerungsraten: Wie stark unterscheidet sich die Belastung durch Inflation?](#) IMK Policy Brief 114, Januar.
- Tober, S. (2023): [IMK Inflationsmonitor – Inflationsrate einkommensschwacher Haushalte sinkt trotz steigender Nahrungsmittelpreise leicht im Februar 2023](#). IMK Policy Brief 147, März.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland fällt im September 2024 auf 1,6 %, Energiepreise trotz Rückgangs auf hohem Niveau](#). IMK Policy Brief 178, Oktober.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor – Inflation in Deutschland im Oktober 2024 bei 2 %, Nahrungsmittel 37,1 % teurer als vor fünf Jahren](#). IMK Policy Brief 182, November.
- Tober, S. (2024): [IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im November 2024 auf 2,2 %, haushaltsspezifische Inflationsraten liegen nah beieinander](#). IMK Policy Brief 183, Dezember.
- Tober, S. (2025a): [IMK Inflationsmonitor: Inflation mit 2,2 % im Jahr 2024 sehr nah am Inflationsziel, Dynamik noch von Folgen der Preisschocks geprägt](#). IMK Policy Brief 184, Januar.
- Tober, S. (2025b): [IMK Inflationsmonitor: Inflation zu Jahresbeginn 2025 trotz staatlich bedingter Preiserhöhungen bei 2,3 %](#). IMK Policy Brief 187, Februar.
- Tober, S. (2025d): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im März 2025 auf 2,2 %, auch Kernrate sinkt weiter](#). IMK Policy Brief 190, April.
- Tober, S. (2025e): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im April 2025 weiter auf 2,1 %, Kernrate durch Osterfeiertage verzerrt](#). IMK Policy Brief 191, Mai.
- Tober, S. (2025f): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im Mai 2025 bei 2,1 %, Anstieg der Dienstleistungspreise deutlich verringert](#). IMK Policy Brief 192, Juni.
- Tober, S. (2025g): [IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Juni 2025 auf 2,0 %, erneut schwächerer Preisauftrieb bei Dienstleistungen](#). IMK Policy Brief 194, Juli.
- Tober, S. (2025h): [IMK Inflationsmonitor: Inflation im Juli 2025 erneut bei 2 %, harmonisierte Rate sinkt auf 1,8 %](#). IMK Policy Brief 195, August.
- Tober, S. (2025i): [IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im August auf 2,2 %, Energiepreise dämpfen deutlich weniger](#). IMK Policy Brief 198, September.
- Tober, S. (2025j): [IMK Inflationsmonitor: Inflation steigt im September auf 2,4 %, vorübergehende Effekte dominieren](#). IMK Policy Brief 199, Oktober.
- Tober, S. (2025k): [IMK Inflationsmonitor: Inflation sinkt im Oktober auf 2,3 %, Preisauftrieb bei Dienstleistungen weiterhin kräftig](#). IMK Policy Brief 199, November.
- Tober, S. (2025l): [IMK Inflationsmonitor: Inflation verharrt im November bei 2,3 %, deutsche Rate verhindert Rückgang der Euroraum-Inflation](#). IMK Policy Brief 206, Dezember.
- Tober, S. (2026a): [IMK Inflationsmonitor: Inflation fällt im Dezember 2025 auf 1,8 %, Jahresrate 2025 mit 2,2 % ebenfalls nah am EZB-Ziel](#). IMK Policy Brief 208, Januar.
- Tober, S. (2026b): [IMK Inflationsmonitor: Deutsche Inflation steigt im Januar 2026 auf 2,1 %, Euroraum-Inflation mit 1,7 % deutlich niedriger](#). IMK Policy Brief 209, Februar.
- Tober, S. (2026c): [IMK Inflationsmonitor: Kraftstoffpreise bereits im Februar spürbar gestiegen, deutsche Inflation sinkt dennoch auf 1,9 %](#). IMK Policy Brief 210, März.
- Tober, S. (2026d): [IMK Inflationsmonitor: Heizöl- und Kraftstoffpreise lassen deutsche Inflation im März 2026 auf 2,7 % schnellen](#). IMK Policy Brief 212, April.
- Tober, S. (2026e): [IMK Inflationsmonitor: Kraftstoffpreise treiben deutsche Inflation im April 2026 auf 2,9 %](#). IMK Policy Brief 216, Mai.
- Tober, S. (2026f): [Inflation sinkt im Juni 2026 auf 2,3 %, niedrigerer Rohölpreis verdeutlicht EZB-Fehlentscheidung](#). IMK Policy Brief 220, Juli.
- Umweltbundesamt (2022), [CO₂-Emissionsfaktoren für fossile Brennstoffe – Aktualisierung 2022](#). Climate Change 28/2022, Dessau.

Impressum

Herausgeber

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung, Georg-Glock-Str. 18,
40474 Düsseldorf, Telefon +49 211 7778-312, Mail imk-publikationen@boeckler.de

Die Reihe „IMK Policy Brief“ ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über:
<https://www.imk-boeckler.de/de/imk-policy-brief-15382.htm>

ISSN 2365-2098



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz:
Namensnennung 4.0 International (CC BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

Den vollständigen Lizenztext finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>

Die Bedingungen der Creative Commons Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Abbildungen, Tabellen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.
